

— Veranstaltung des Forschungsverbunds Sozioökonomische Berichterstattung am 13. November 2009

Teilhabe im Umbruch

Von Sabine Fromm und Peter Bartelheimer

Seit neun Jahren koordiniert das SOFI das Verbundvorhaben „Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung Deutschlands“ (*soeb*). Am 13. November 2009 wurden Ergebnisse des zweiten Forschungsverbunds (*soeb2*) im Rahmen einer Veranstaltung an der Humboldt-Universität Berlin der Öffentlichkeit vorgestellt (siehe Kasten 1, S. 3). Teilnehmer/innen aus Wissenschaft, Datenproduktion und Öffentlichkeit diskutierten in drei Panels die vom Forschungsverbund präsentierten Befunde zu den makroökonomischen Rahmenbedingungen von Teilhabe, den veränderten Teilhabemodi und den politischen Gestaltungsmöglichkeiten unter den Bedingungen demografischen Wandels. Die Buchfassung des zweiten Berichts zur sozioökonomischen Entwicklung Deutschlands erscheint 2010 im VS-Verlag (Forschungsverbund Sozioökonomische Berichterstattung (Hrsg.): Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland – Teilhabe im Umbruch. Zweiter Bericht. Redaktion: Peter Bartelheimer, Sabine Fromm).

Mit der Veranstaltung am 13. November wurde jedoch nicht nur das Verbundprojekt *soeb2* formell abgeschlossen, sie bildete zugleich den Auftakt für die Vorbereitung eines dritten Berichts. Wie bereits *soeb2*, soll auch *soeb3* projektförmig und zweistufig angelegt sein: In einer vom SOFI durchgeführten Konzeptphase sollen in fünf Werkstattgesprächen (siehe Kasten 2, S. 3), für die in Kürze *Calls for Papers* ergehen, Themen und Arbeitsprojekte definiert und Verbundpartner gefunden werden. Ein weiterer Bestandteil der Konzeptphase ist das Modellprojekt „Kollaborative Datenauswertung und virtuelle Arbeitsumgebung“ (siehe Kasten 3, S. 4). Die Konzeptphase zur Definition von Themen und Arbeitspaketen wird, wie bereits die Verbundprojekte *soeb1* und *soeb2*, durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert.

In ihrem Eröffnungsbeitrag zur Veranstaltung in der Humboldt-Universität erklärte Frau Dr. Willms-Herget, Leiterin des Referats Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften im BMBF, sie erhoffe sich von den

Inhalt:

Titelthema:	Teilhabe im Umbruch. Veranstaltung des Forschungsverbunds Sozioökonomische Berichterstattung am 13. November 2009	1
Aus den Projekten:	Die erneuerbaren Energien und das deutsche Stromsystem: Integration oder Systemwandel?	5
	Zwischenergebnisse aus laufendem Projekt: Altersgerechte Betriebs- und Tarifpolitik in der Krise (?)	8
Veranstaltungen:	Auftakt zu einer notwendigen Debatte: Konferenz „Bringing Capitalism Back In“	10
Veröffentlichungen:	Veröffentlichungen von SOFI-MitarbeiterInnen von September bis Dezember 2009	12
SOFI-Kolloquium:	Termine Wintersemester 09/10, 2. Hälfte	12
	Impressum	6
	Personalien	12

Fortsetzung von S. 1

geplanten Werkstattgesprächen zur einem dritten Bericht zur sozioökonomischen Entwicklung wichtige inhaltliche Impulse zu einem neuen Rahmenprogramm „Forschung für gesellschaftliche Innovationen“, das im BMBF in Vorbereitung ist, und lud die sozialwissenschaftliche Öffentlichkeit zur Beteiligung an dieser Diskussionsphase ein.

Teilhabe im Umbruch – Ergebnisse aus soeb2

Die Perspektive des Forschungsverbundes Sozioökonomische Berichterstattung verbindet die Analyse der Transformationen des deutschen Kapitalismusmodells mit der Frage, welche Auswirkungen sie auf Teilhabechancen und -formen von Individuen und Haushalten hat. Teilhabe konkretisiert sich in der Teilhabe an Erwerbsarbeit, an sozialen Nahbeziehungen, an bürgerlichen, politischen und sozialen Rechten und in der Teilhabe an Bildung und Kultur. Für die sozioökonomische Berichterstattung erfüllt das Teilhabe-Konzept erstens die Funktion eines individuellen Wohlfahrtsmaßes, das dem Individualisierungsgrad der Gesellschaft angemessen ist, indem es Teilhabechancen und realisierte Teilhabe in den Blick nimmt. Mit der Betrachtung kollektiver Teilhabemuster wird der Begriff zweitens im Rahmen der Sozialstrukturanalyse anschlussfähig.

Panel 1: Nach dem Rheinischen Kapitalismus?

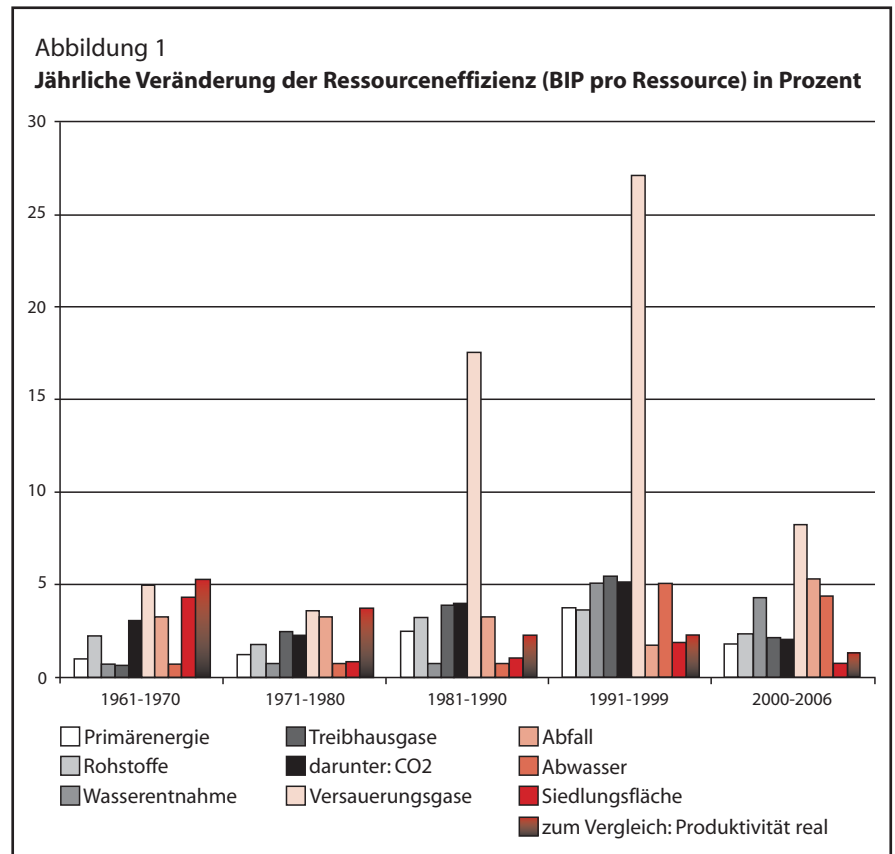
Das „alte“, fordistische Modell des Kapitalismus, dessen deutsche Ausprägung als „Rheinischer Kapitalismus“ bezeichnet wurde, nutzte die steigende Arbeitsproduktivität als zentrale Entwicklungsressource. Mit der Koppelung von Produktivitäts- und Lohnzuwächsen wurde erstmals die Teilhabe breiter Bevölkerungsschichten an über die Reproduktion der Arbeitskraft hinausgehenden Konsum und einer generellen Verbesserung der Lebensverhältnisse erreicht. So entstand in allen entwickelten Industrieländern eine Form des „TeilhabeKapitalismus“, in jeweils länderspezifischer Ausprägung. Bereits in den 1970er Jahren wurden die Grenzen dieses Entwicklungsmodells deutlich, die schließlich als ökonomische Krise und als Legiti-

mationskrise in Erscheinung traten. Als zentrale Krisenursache kann aus Sicht des Forschungsverbunds soeb2 das Erreichen von Tragfähigkeitsgrenzen bei der Nutzung natürlicher Ressourcen bzw. eine ungenügende Ressourceneffizienz angesehen werden. Abbildung 1 zeigt, dass die Ressourceneffizienz bis in die 1980er Jahre deutlich hinter dem Wachstum der Produktivität zurückblieb. Wenn die Ressourceneffizienz jedoch langsamer wächst als die Arbeitsproduktivität, dann wachsen negative Skaleneffekte exponentiell an – mit der Folge, dass die Ressourcen wirtschaftlicher Entwicklung abnehmen und die Produktivität kaum noch steigt. Für diesen Zusammenhang war die fordistische Regulation jedoch blind.

Dementsprechend setzten die Strategien zur Bewältigung der Krise nicht an der Problematik der Ressourceneffizienz an, sondern versuchten, den Umbruch durch auf Stabilisierung und Umverteilung gerichtete Anpassungen letztlich zu vermeiden. Auf nationaler Ebene wurde versucht, Wachstumsdefizite und Einkommensprobleme durch – zum Teil widersprüchliche – Umverteilungs-

strategien zu lösen: Dabei wurden die produktivitätsorientierte Lohnentwicklung und die Koppelung der Sozialtransfers an die Produktivität suspendiert und insgesamt der Druck auf Beschäftigte wie Erwerbslose erhöht. Internationale Krisenbewältigungsstrategien lassen sich als Umstellung auf einen Wettbewerbsstaat mit gezieltem Aufbau bzw. Nutzung von Standortdifferenzen beschreiben. Mit der Abkoppelung der Kapitalverwertung von der Finanzkapitalverwertung und der Unterordnung der wirtschaftlichen Entwicklung unter die Finanzmarkt-rationalität kam schließlich eine ökonomische Dynamik in Gang, die in der finanzmarktinduzierten Wirtschaftskrise mündete.

Die Entstehung eines neuen Regimes wirtschaftlicher Entwicklung, das eine ebenso breite gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht wie im Fordismus, dabei jedoch *individualisierte* Teilhabechancen eröffnet, setzt weiterhin wirtschaftliches Wachstum voraus. Dieses müsste aber auf einer wachsenden und umweltkompatiblen Ressourceneffizienz als wesentlicher Quelle wirtschaftlicher Entwicklung basieren.



Kasten 1: **Programm und Teilnehmer/innen**

Begrüßung

Dr. Angelika Willms-Herget (Bundesministerium für Bildung und Forschung, Bonn), Dr. Peter Bartelheimer (Soziologisches Forschungsinstitut, Göttingen)

Panel 1: Nach dem Rheinischen Kapitalismus?

Präsentation: *Dr. Rainer Land (Thünen Institut Bollewick)*

Moderation: *Dr. Marc Ingo Wolter (Gesellschaft für wirtschaftliche Strukturforschung, Osnabrück)*

Diskussion: *Prof. Dr. Klaus Dörre (Friedrich-Schiller-Universität Jena) Eckart Hohmann, Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden; Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten, Dr. Angelika Zahmt, BUND; Rat für Nachhaltige Entwicklung*

Panel 2: Sozial ist, was Arbeit schafft?

Präsentation: *Dr. Sabine Fromm (Soziologisches Forschungsinstitut, Göttingen)*

Moderation: *Dr. Anne Hacket (Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung, München)*

Diskussion: *Dr. Peter Krause (Längsschnittstudie sozioökonomisches Panel, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung Berlin), Dr. Rudolf Martens (Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Berlin), Dr. Markus Promberger (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg)*

Panel 3: Bevölkerungs- oder Gesellschaftspolitik?

Präsentation: *Dr. Peter Bartelheimer (Soziologisches Forschungsinstitut, Göttingen)*

Moderation: *Tanja Schmidt (Schmidt Sozialforschung, Berlin)*

Diskussion: *Dr. Katja von der Bey (Gründerinnenzentrum Weibernetzwerk, Berlin), Prof. Dr. Rolf Kreibich (Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung – IZT), Berlin, Norbert Schwarz (Sozioökonomisches Berichtssystem, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden)*

Schlusswort und Ausblick

Dr. Sabine Fromm (Soziologisches Forschungsinstitut, Göttingen)

Panel 2: Sozial ist, was Arbeit schafft? Teilhabemuster im Umbruch und neue Unsicherheiten

Auch nach dem Umbruch wird gesellschaftliche Teilhabe maßgeblich durch Erwerbsbeteiligung realisiert. Die dabei stattfindenden Veränderungen werden durch die Beobachtung einer steigenden Sockelarbeitslosigkeit oder der Zunahme atypischer Beschäftigung aber nicht ausreichend erfasst. Erst in einer Längsschnittbetrachtung zeigt sich die abnehmende soziale Bedeutung des fordistischen Normalarbeitsverhältnisses (existenzsichernde, kontinuierliche Vollzeitbeschäftigung): Auf der Ebene individueller Lebensverläufe werden die klassischen Muster fordistischer Erwerbsintegration seltener. Das für Männer charakteristische Muster von Vollzeitbeschäftigung – typischerweise ohne Unterbrechungen durch Arbeitslosigkeit oder Familienarbeit – nimmt ab, bleibt aber auf niedrigerem Niveau vorherrschend für Männer in West- und Ostdeutschland. Das komplementäre Muster

weiblicher Familienarbeit – mit nur kurzen Phasen von Erwerbsarbeit, die nur selten in Form von Vollzeitbeschäftigung auftritt – verliert bei westdeutschen Frauen sehr stark an Bedeutung, für ostdeutsche Frauen war es nie typisch. Für west- und ostdeutsche Frauen nimmt nun jedoch das Zuverdienstmodell – relativ kontinuierliche Teilzeitarbeit, unterbrochen von kürzeren Familienarbeitsphasen – zu, so dass sich die Erwerbsverläufe ost- und westdeutscher Frauen angleichen.

Jenseits der Veränderung der klassischen fordistischen Muster ist insbesondere in Ostdeutschland eine deutliche Zunahme bei prekären Verläufen zu beobachten – mit geringer Kontinuität der Beschäftigung, hohen Anteilen von Zeiten ohne Beschäftigung bzw. Arbeitslosigkeit. Dieser Befund zeigt sich auch auf der Makroebene des Erwerbssystems: Hier sind „Zonen der Erwerbsteilhabe“ entstanden, die von stabiler Vollzeitbeschäftigung bis zum dauerhaften Ausschluss von Erwerbsarbeit variieren.

Panel 3: Bevölkerungspolitik oder Gesellschaftspolitik? Demografischer Trendbruch und wirtschaftliche und soziale Gestaltungsspielräume

Die demografische Entwicklung, für die eine Abnahme sowohl der Bevölkerung als auch des Erwerbspersonenpotenzials prognostiziert werden, erscheint im politischen Diskurs häufig als absolute Begrenzung sozioökonomischer Entwicklungsmöglichkeiten. Doch demografische Entwicklungen wirken nicht unmittelbar auf den Arbeitsmarkt, sondern vermittelt über gesellschaftliche Strukturen und über das Verhalten von Unternehmen, Haushalten, Staat und Verbänden. Und diese Vermittlungen sind politisch gestaltbar.

Als Grundlage für die Diskussion solcher Wirkungszusammenhänge modellierte die Gesellschaft für wirtschaftliche Strukturforschung (GWS) auf der Grundlage ihres Makromodells INFORGE/DEMOS Angebots-Nachfrage-Relationen des Arbeitsmarkts bis 2020. Dabei wird die Nachfrage nach Erwerbsarbeit als endogene Größe modelliert, das Arbeitsangebot als exogen. Zentraler Befund der Modellierung ist, dass es bis 2020 keine demografische, aber sehr wohl eine qualifikatorische Lücke am Arbeitsmarkt geben wird. Diese entsteht durch einen deutlichen *Mismatch* bei den höheren Qualifikationen. Dagegen übersteigt bis zum Ende des

Kasten 2: **Werkstattgespräche**

Die jeweils 1 1/2 tägigen Werkstattgespräche finden an den folgenden Terminen in Göttingen statt:

- 18./19. Februar 2010 (Konsum)
- 25./26. März 2010 (Rheinischer Kapitalismus)
- 22./23. April 2010 (Arbeitsmarkt und Betrieb)
- 27./28. Mai 2010 (Schrumpfung und Alter)
- 17./18. Juni 2010 (Methoden und Daten)

Fortsetzung von S. 3

Modellierungszeitraums das Angebot an geringen und mittleren Qualifikationen noch immer die Nachfrage. Wie ließe sich diese qualifikatorische Lücke schließen? Dazu wurden alternative Entwicklungsszenarien modelliert, die Bildungsbeteiligung, eine Ausweitung des Erwerbspersonenpotenzials durch erhöhte Erwerbsbeteiligung von Frauen und eine verlängerte Erwerbsintegration Älterer variieren. Die Ergebnisse zeigen, dass eine Bildungsexpansion, wie sie die EU-Benchmarks definieren, die stärksten positiven Effekte hätte. Bei einer Fortschreibung der derzeitigen Bildungsbeteiligung erscheint es jedoch unmöglich, dass diese Ziele erreicht werden. Auch die wachsende Erwerbsbeteiligung von Frauen reicht bei Fortschreibung derzeitiger Trends nicht aus: Zum einen schränkt die Betreuung von Kindern nach wie vor die Erwerbsarbeit von Frauen stark ein, zum anderen wäre eine Zunahme vor allem bei mittleren Qualifikationen zu erwarten. Bei den Altersübergängen schließlich kann nicht eine gleichmäßige Ausweitung der Lebensarbeitszeit, sondern eine Ausdifferenzierung von Übergangsmustern beobachtet werden: Über die Kohortenfolge sinkt zwar der Zeitanteil in Vollzeitbeschäftigung

Informationen zum Projekt

Projekttitel: Forschungsverbund Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland: Teilhabe im Umbruch (www.soeb.de)

Projektverantwortlich: Dr. Peter Bartelheimer

Gefördert durch: Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)

Projektbeginn: 2000

Verbundpartner: Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung München (ISF), Internationales Institut für empirische Sozialökonomie Stadtbergen (INIFES), Thünen-Institut Bollewick, Gesellschaft für Wirtschaftliche Strukturforshung mbH (GWS) Osnabrück, Tanja Schmidt – Sozialforschung Berlin, Dr. Irene Becker (Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt).

Kasten 3: Sozialwissenschaften im Grid?

Im Jahr 2004 initiierte das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) die deutsche D-Grid-Initiative, die Projekte in den Bereichen Grid-Computing (webbasierte Vernetzung wissenschaftlicher Rechnerressourcen), e-Learning und Wissensvernetzung umsetzen soll. In 2009 nahm das Projekt Wiss-Grid die Arbeit auf, das über die bisherigen akademischen Nutzer aus Astrophysik, Geisteswissenschaften, Hochenergiephysik, Klimaforschung und Medizin hinaus andere wissenschaftliche Nutzergruppen an web-gestützte IT-Lösungen für vernetzte Forschungs-

arbeit und gemeinsame Nutzung von IT-Ressourcen heranführen will. WissGrid wird an der Universität Göttingen koordiniert (mehr unter: <http://www.wissgrid.de/index.html>.) Im Modellprojekt „Kollaborative Datenauswertung und Virtuelle Arbeitsumgebung“ im Rahmen der Konzeptphase für soeb3 untersucht das SOFI, ob das Verbundvorhaben Dritter Bericht zur sozioökonomischen Berichterstattung Deutschlands Ausgangspunkt für das Entstehen einer neuen sozialwissenschaftlichen Nutzergruppe unter dem Dach der D-Grid-Initiative werden kann.

und in Nichterwerbstätigkeit, während Zeitanteile in Arbeitslosigkeit zunehmen. Dabei gibt es jedoch deutliche Unterschiede zwischen den Geschlechtern und nach Bildungsabschlüssen.

Offene Fragen

Aus den Diskussionen innerhalb der drei Panels lassen sich Themen identifizieren, die für eine Fortsetzung der Sozioökonomischen Berichterstattung weiter bearbeitet werden sollten:

- Der *Teilhabe*begriff erscheint noch nicht ausreichend ausgearbeitet. Sowohl sein Zusammenhang mit dem Capability Approach von Sen wie auch seine Ursprünge in der politischen Theorie und seine Anschlussfähigkeit an bestehende Ansätze (z.B. Dynamik von Armut) sollten stärker inhaltlich diskutiert werden.
- Die *ökologischen Implikationen* des Umbruchs werden aus Sicht der Diskussionsteilnehmer/innen nicht ausreichend berücksichtigt. Dies betrifft so unterschiedliche Probleme wie die mangelnde Nachhaltigkeit und Ressourcenschonung der Produktion oder die Schwierigkeit, unter prekären Bedingungen eine nachhaltige Lebensweise zu entwickeln.
- Eng damit verbunden ist die Frage, wie *Wohlfahrt* gemessen werden kann. Dazu muss nicht nur der Teilhabebegriff weiterentwickelt werden, sondern auch Fragen der sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit müssen systematisch einbezogen werden.

- Schließlich wurde eine *Überbewertung der Erwerbsarbeit für Teilhabe* kritisch bewertet. Teilhabe ausschließlich über Erwerbsarbeit zu definieren, beinhaltet die Gefahr der vollständigen Kommodifizierung, deren Folgen für Individuum und Gesellschaft stärker diskutiert werden sollten. Sozioökonomische Berichterstattung sollte deshalb künftig stärker Teilhabechancen und -formen jenseits der Erwerbsarbeit berücksichtigen.
- Die Problematik, wie *Diskontinuitäten der Erwerbsbeteiligung* zu bewerten sind, erscheint noch nicht ausreichend gelöst. Hier müssten sowohl subjektive Faktoren als auch institutionelle Einflüsse stärker berücksichtigt werden.
- Vor allem hinsichtlich der Erforschung von Ausgrenzung aus Erwerbsarbeit besteht ein *Datenproblem*, da Personen ohne Meldezeiten nicht in der amtlichen Statistik erscheinen (können). Darüber hinaus ist die amtliche Statistik heutigen Fragestellungen vielfach nicht ausreichend angepasst. Die Nachfrage aus der Forschung sollte deutlicher formuliert werden.
- Bei der Entwicklung von neuen Indikatoren sollte die Anschlussfähigkeit an bestehende Indikatoren geprüft werden (z.B. Laeken-Indikatoren).
- *Qualitative* Ansätze sollten generell stärker in die Berichterstattung einbezogen werden, da die (Nicht-) Verwirklichung von Teilhabechancen allein quantitativ nicht erklärt werden kann.

Die erneuerbaren Energien und das deutsche Stromsystem Integration oder Systemwandel?

Von Rüdiger Mautz

Das Verhältnis des Erneuerbare-Energien-Sektors zum traditionellen deutschen Stromsystem zeichnet sich durch eine spezifische Ambivalenz aus. Die Protagonisten der erneuerbaren Energien strebten von Beginn an einen Paradigmenwechsel an, in dessen Verlauf das dominierende Paradigma der in einem Verbundsystem zentralisierten Stromerzeugung aus fossilen und atomaren Energieträgern überwunden werden sollte. Aus der Perspektive der großen Stromkonzerne erschien mit den neuen Stromproduzenten ein systemwidriges Element auf der Bühne, das von ihnen zunächst ausschließlich als externe Bedrohung wahrgenommen wurde. Unter den Vorzeichen eines paradigmatischen Wettstreits standen sich „alte“ und „neue“ Stromproduzenten als Kontrahenten gegenüber, die nicht nur energiepolitische, sondern auch soziokulturelle Gräben voneinander trennten. Doch gab es trotz allem schon früh eine Schnittstelle, die eine dauerhafte Ankopplung der „Erneuerbaren“ an das bestehende Stromsystem erforderlich machte: Bereits die – zum erheblichen Teil aus der Ökologie- und Alternativbewegung stammenden – Pioniere der regenerativen Stromproduktion entschieden sich in den 1980er Jahren aus Gründen der Praktikabilität nicht für radikale Inselösungen der Selbstversorgung mit Elektrizität, sondern für die Einspeisung des von ihnen dezentral erzeug-

ten Stroms in das Netz. Diese Strategie korrespondierte mit dem Zuschnitt der beginnenden staatlichen Förderung für erneuerbare Energien, die Zuschüsse für die Ökostromeinspeisung ins allgemeine Netz vorsah.

Die Entscheidung für die Netzankopplung bildete eine der wichtigsten Voraussetzungen für das anschließende

frontation zwischen *systeminternen* Kräften der Stabilisierung einerseits und *externen* Kräften des radikalen Wandels andererseits hinreichend entschlüsselt werden können.

Auch in neueren transformationstheoretischen Ansätzen, die sich mit den Stabilisierungs- und Destabilisierungsfaktoren großer technischer Systeme



Wachstum des Regenerativsektors. Zugleich war sie Ausgangspunkt einer Entwicklung, in deren Verlauf sich der Charakter der ursprünglich *extern* verursachten Herausforderung erheblich wandelte. Die von den erneuerbaren Energien ausgehenden Impulse können vom etablierten Stromsektor inzwischen partiell internalisiert werden, ohne dabei aber ihr grundlegendes Veränderungspotenzial zu verlieren.

Anmerkungen zur soziologischen Analyseperspektive

Diese Entwicklung hat nicht zuletzt Konsequenzen für die soziologische Analyseperspektive, insofern die von den erneuerbaren Energien ausgelösten Veränderungsprozesse im deutschen Stromsektor heute nicht mehr – wie noch in der Pionierphase des Regenerativstroms – mit der Kon-

frontation zwischen *systeminternen* Beharrungskräften und externen Ursachen eines (radikalen) Systemwandels aufgegeben zugunsten einer stärkeren Betonung von *Interaktionen* zwischen technologischen Nischendynamiken und Entwicklungen auf der Systemebene (Schot/Geels 2008). „Dichotome Typisierungen“, die nur „zwischen langen Perioden struktureller beziehungsweise institutioneller Stabilität und seltenen, durch exogene Schocks ausgelösten“ radikalen Umbrüchen unterscheiden, seien ein ungeeignetes Analyseinstrument zur Bestimmung von Verlaufsmustern soziotechnischen Wandels. Typischer seien vielmehr graduelle Transformationen durch inkrementelle Umbauschritte und Anpassungsprozesse, die gleichwohl, etwa infolge kumulierender Effekte, zu völlig neuen Systemarchitekturen und

Informationen zum Projekt

Titel des Projektes: Die Expansion regenerativer Stromerzeugung als Motor systembezogener Innovationen im deutschen Elektrizitätssektor.

Gefördert von: Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG)

Projektteam: Prof. Dr. Wolf Rosenbaum; Dr. Rüdiger Mautz

Projektbeginn: 01.01.2008

Fortsetzung von S. 5

damit letztlich zu einem ähnlich starken Veränderungsdruck führen könnten, wie er zumeist externen Schocks zugeschrieben werde (Dolata/Werle 2007: 34-35). Hinzu komme, dass angesichts des Innovationsdrucks neuer Querschnittstechnologien wie der Mikroelektronik und der IuK-Techniken dauerhafte sektorale Schließungsvorgänge heute weniger zu erwarten seien als in früheren Phasen soziotech-



nischer Entwicklung (Dolata 2008: 55). Einem solchen quasi auf Dauer gestellten Prozess gradueller Transformation wird man nur schwerlich Triebkräfte zuordnen können, die entweder eindeutig systemextern oder ebenso eindeutig systemintern zu verorten sind. Plausibler scheint es zu sein, hier von einem – wie auch immer im Einzelnen zu gewichtenden – Zusammenspiel endogener und systemexterner Prozesse und Akteure auszugehen (ebenda: 56).

Eine solche eher von Wechselwirkungen als von Polarisierung geprägte Transformationsdynamik scheint – inzwischen – auch für den deutschen Stromsektor kennzeichnend zu sein. Gegenwärtig konkurrieren mehrere Umbauspektiven miteinander, die in einem jeweils unterschiedlichen Mischungsverhältnis Strategieelemente der Systemintegration der erneuerbaren Energien und des Systemwandels durch erneuerbare Energien enthalten. Mit der Dichotomie „inkrementeller Wandel vs. radikale Transformation“

werden die hier sich abzeichnenden Entwicklungsalternativen des deutschen Stromsystems auf jeden Fall nur unzureichend beschrieben.

Die Ausbauperspektive der Erneuerbare-Energien-Branche

Der Sektor der erneuerbaren Energien übt – einerseits – auch heute noch externen Druck auf das bestehende Stromsystem aus. So verorten sich

etliche der maßgeblichen Akteure der Regenerativstrom-Branche – zum Teil in dezidierter Abgrenzung – außerhalb des etablierten Stromsektors. Das soziokulturelle Lager der Energiewende-Verfechter – darunter eine große Zahl zivilgesellschaftlicher Akteure – stellt auch deswegen einen relevanten externen Störfaktor dar, weil von ihm nach wie vor energiepolitisch konfrontative Impulse ausgehen. Sie zielen zum Beispiel in Richtung konsequente Ökologisierung und Dezentralisierung der Stromerzeugung einschließlich des (mittelfristigen) Ziels einer 100%-igen Stromversorgung durch erneuerbare Energien oder auf die Überwindung oligopolistischer Marktstrukturen im Energiesektor.

Andererseits sind die erneuerbaren Energien, insbesondere die Windenergie, im Verlaufe ihrer Expansion längst auch zu einer systeminternen Komponente geworden, die aufgrund ihrer technischen Eigenschaften Umbaumaßnahmen der Systemarchitektur erzwingt. Dies schon allein deswegen,

weil nur die optimale Einpassung der zum Teil witterungsabhängigen regenerativen Stromerzeugung in das Stromversorgungssystem eine ökonomisch und ökologisch sinnvolle Nutzung der regenerativen Strompotenziale garantiert. Dadurch erhöhen sich seit einigen Jahren die Anforderungen an die alten und neuen Akteure des Stromsystems, aktiv – auch im Sinne inkrementeller Umbauschritte – zur Stabilität und Sicherheit des Stromnetzes sowie der Stromversorgung beizutragen.

Die Integrationsperspektive der Stromkonzerne

Die deutschen Stromkonzerne haben in den letzten Jahren eine Strategieänderung vorgenommen, insofern sie sich inzwischen selektiv am Ausbau der erneuerbaren Energien beteiligen. Zu diesem Schritt haben sie sich nicht zuletzt deswegen entschlossen, um auf die Entwicklungsrichtung im Bereich des Regenerativstroms Einfluss zu nehmen und so die Dominanz fossiler und atomarer Energieträger langfristig besser sichern zu können. Im Erfolgsfall hieße dies, ein ehemals externes „Störpotenzial“ als Chance zu inkrementellem Wandel und Systemstabilisierung zu nutzen. Zwar setzen die Konzerne dabei vor allem auf die Integration der zentralisierbaren Offshore-Windkraft in ihr zentralistisches Stromversorgungskonzept. Sie haben aber auch begonnen, sich in der Windenergienutzung an Land und in der Biomassenutzung zu engagieren. Dieser Einstieg in – für die Stromkonzerne – neue Technologien bedeutet auch, sich partiell einzulassen auf Dezentralisierung – auf ein von ihnen bisher als überwiegend dysfunktional angesehenes Element innerhalb des Stromsystems. Faktisch heißt dies für die großen Stromversorger: Mitwirkung am Ausbau und an der Nutzung neuer Technostrukturen, wie sie auch für einen weitergehenden, von den Protagonisten der erneuerbaren Energien angestrebten Systemumbau notwendig wären.

Der zentralisierte Ausbau erneuerbarer Energien

Die Perspektive des zentralisierten Ausbaus wird von manchen Akteuren aus dem Lager der erneuerbaren Ener-

gien, von etlichen Wissenschaftlern sowie auch von Politikern auf bundesdeutscher und europäischer Ebene propagiert. Die Grundidee besteht darin, den Regenerativstrom unter Ausnutzung komparativer Vorteile im großen Maßstab dort zu erzeugen, wo er von der Stromausbeute her am ertragsreichsten produziert werden kann – z.B. in Offshore-Windparks in der Nordsee, in solarthermischen Kraftwerken in Nordafrika oder in Biomassekraftwerken in Osteuropa. Mittels eines erst noch zu schaffenden „Supernetzes“ soll der in Großanlagen produzierte Ökostrom dann zu den Verbrauchszentren in Europa transportiert werden.

Diese auf einen langfristigen Umbau des europäischen und mediterranen Stromsystems abzielende Strategie verbindet die radikale Abkehr von einer fossilen und atomaren Energiebasis mit einem durchaus systemkonformen zentralistischen Stromerzeugungskonzept. Dies mag im Endeffekt auf einen weitgehenden Umbau von Produktions- und Produzentenstrukturen hinauslaufen. Aufgrund der strukturellen Affinitäten zwischen einem solchen „Supernetz“ und dem traditionell zentralisierten Stromsystem ist hier aber auch die Möglichkeit einer konvergenten Entwicklung bei begrenzter Umgestaltung der Systemarchitektur und einer intensivierten Kooperation traditioneller und neuer Akteure des Stromsystems angelegt: das heißt Konvergenz von Zentralisierungsstrategien im Lager der „Erneuerbaren“ einerseits und der Integration zentralisierungsfähiger Regenerativtechniken durch die etablierte Stromwirtschaft andererseits (siehe das im Sommer 2009 unter Beteiligung von Eon und RWE gegründete und vom Club of Rome unterstützte Desertec-Konsortium zum Aufbau einer groß angelegten Solarstromproduktion in der nordafrikanischen Wüste).

Auf dem Weg zu einem neuen „dominanten Design“?

Welche Perspektiven zeichnen sich angesichts der konkurrierenden Umbaustrategien ab? Läuft es auf die weitere Heterogenisierung, Pluralisierung und Lockerung von ehemals stabilen

Systemstrukturen hinaus? Oder ist dies gegenwärtig nur ein Zwischenzustand, der irgendwann von einer neuen und in sich homogenen Lösung, einem neuen „dominanten Design“ abgelöst wird? Natürlich ist zurzeit nicht absehbar, inwieweit sich auf längere Sicht eine neue und in sich stabile Konfiguration aus technischer Struktur, institutionellem Setting, dominanter Akteursstrategie, vorherrschenden Technikleitbildern etc. herauskristallisieren wird. Forschungen zu soziotechnischen Umbruchsituationen konnten zeigen, dass Phasen der Destabilisierung oder gar Auflösung überkommener soziotechnischer Konfigurationen in der Regel von gesellschaftlichen Suchprozessen abgelöst werden, die – zumindest temporär – auf ein neues funktionierendes, das heißt *kompatibles* Muster von „Technik, Strukturen und Institutionen“ hinauslaufen (Dolata/Werle 2007: 26). Das deutsche Stromsystem befindet sich derzeit in einer solchen Umbruchsituation, wobei die skizzierten Umbauperspektiven bereits zu den Suchprozessen gehören, die der Herausbildung eines gewandelten Stromsystems gelten.

Wie sich zeigte, sind die Umbaustrategien untereinander zwar partiell anschlussfähig, in ihren grundlegenden Zielsetzungen aber eben nur begrenzt vereinbar. Genauer gesagt stehen sich zwei divergente Systemlogiken gegenüber: zum einen die zentralistische Systemlogik der Stromkonzerne, der „Supernetz“-Verfechter und Desertec-Protagonisten; zum anderen die dezentrale Systemlogik, die nicht nur vom Gros der deutschen Erneuerbare-Energien-Branche, sondern inzwischen auch von einem Teil der kommunalen Energieversorger aktiv unterstützt wird. Die Frage ist, ob es angesichts dieser Konstellation früher oder später zu einer von ökonomischen und politischen Faktoren vorangetriebenen Weichenstellung zugunsten einer der beiden Systemvarianten kommen wird, um den Kompatibilitätsanforderungen einer neuen stabilen Systemkonfiguration gerecht werden zu können. Für diese Vermutung spricht, dass der forcierte und zeitlich parallele Ausbau einer zentral-dezentralen Systemvariante

erfordern würde, sowohl konkurrierende Brancheninteressen als auch weitgehend inkompatible energiepolitische Leitideen von „Dezentralisierern“ und „Zentralisierern“ – auch unter den Verfechtern erneuerbarer Energien – miteinander in Einklang zu bringen. Trotz allem ist eine Transformationsvariante denkbar, die darauf beruht, dass die beiden auf den ersten Blick konkurrierenden Systemlogiken mit Hilfe avancierter IuK-Techniken kombiniert werden und dauerhaft koexistieren. So scheint mit der informationstechnischen Vernetzung und zentralen Steuerung vieler dezentraler Stromeinspeiser (in so genannten „virtuellen Kraftwerken“) sowie mit der Implementierung „intelligenter Netze“ bereits heute die „lose Kopplung“ einer stark regionalisierten dezentralen Elektrizitätsversorgung mit einem zentralisierten – und langfristig auf erneuerbare Energien basierenden – Stromversorgungssystem für Ballungsräume und industrielle Zentren möglich. Eine wichtige Voraussetzung für diese Transformationsvariante wäre allerdings – neben der bereits erwähnten losen Kopplung, mit der die gegenseitigen systemischen Abhängigkeiten minimiert werden –, dass „Dezentralisierer“ und „Zentralisierer“ auf den technischen, ökonomischen und energiepolitischen „Alleinvertretungsanspruch“ der von ihnen vertretenen Systemlogik verzichten.

Literatur

Dolata, Ulrich (2008): Technologische Innovationen und sektoraler Wandel. In: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 37, Heft 1, S. 42-59.

Dolata, Ulrich/Werle, Raymund (2007): „Bringing technology back in“. Technik als Einflussfaktor sozioökonomischen und institutionellen Wandels. In: Dolata, Ulrich/Werle, Raymund (Hrsg.), Gesellschaft und die Macht der Technik. Sozioökonomischer und institutioneller Wandel durch Technisierung. Frankfurt/M., S. 15-43.

Schot, Johan/Geels, Frank W. (2008): Strategic niche management and sustainable innovation journeys: theory, findings, research agenda, and policy. In: Technology Analysis & Strategic Management, Vol. 20, No. 5, S. 537-554.

Zwischenergebnisse aus dem laufenden Projekt

Altersgerechte Betriebs- und Tarifpolitik in der Krise (?)

Von Johannes Freidank, Johannes Grabbe, Jürgen Kädtler, Wolfgang Schroeder und Knut Tullius

Die Themen Demografie und alternde Erwerbsbevölkerung sind in Politik und Öffentlichkeit schon seit einigen Jahren in vieler Munde. Allein: Auf Initiativen und Aktivitäten hiesiger Unternehmen hinsichtlich eines qualitativ veränderten Umgangs mit den Folgen der demografischen Alterung in den Betrieben wirkt die aktuelle Wirtschaftskrise deutlich bremsend. Auch neue tarifpolitische Initiativen, die auf eine nachhaltige Verbesserung der Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen abzielen, sind zumindest gegenwärtig nicht in Sicht. Zu diesem vorläufigen Ergebnis kommt eine noch laufende Untersuchung des SOFI und der Universität Kassel zu den „Potentialen einer altersgerechten Betriebs- und Tarifpolitik“ in der Chemie- und Pharma-, der Metall- und Elektroindustrie und im Einzelhandel.

Informationen zum Projekt

Titel: Potentiale einer altersgerechten Betriebs- und Tarifpolitik

Projektverantwortlich: Prof. Dr. Wolfgang Schroeder (Universität Kassel) in Kooperation mit PD Dr. Jürgen Kädtler (SOFI Göttingen)

Projektbearbeiter: Johannes Freidank (Dipl. Pol.) (Universität Kassel), Johannes Grabbe (M.A.) (Universität Kassel), Dr. Knut Tullius (SOFI Göttingen)

Gefördert von der „Initiative Neue Qualität in der Arbeit“ (INQA)

Laufzeit: 01.10.2008 - 30.09.2010

Die Bearbeitung der prognostizierten negativen Auswirkungen der demografischen Alterung der Erwerbsbevölkerung auf Arbeitsmarkt, soziale Sicherung, Unternehmen, Betriebe und Beschäftigte stand bis vor nicht allzu langer Zeit ziemlich weit oben auf der Prioritätenliste von Bundesregierungen, Verbänden und Unternehmen. Mithilfe diverser gesetzgeberischer Eingriffe wurden langfristig gewährte Anreize zum vorzeitigen Ausstieg aus dem Erwerbsleben zurückgenommen. Neben der Zunahme des Anteils „jüngerer Älterer“, d.h. der 55-59-Jährigen, innerhalb der Altersgruppe der 55-64-Jährigen, die sich durch eine höhere Erwerbsbeteiligung auszeichnen (Kistler et al. 2007), werden diese gesetzgeberischen Eingriffe als hauptverantwortlich dafür angesehen, dass sich die Beschäftigungsquote Älterer in den vergangenen Jahren spürbar erhöht hat: von 41,4 Prozent im Jahr 2004 (Durchschnitt der EU-15: 42,3 Prozent) (Bosch/Schief 2005: 2) auf 53,8 Prozent im Jahr 2008 (Arlt/Dietz/Walwei 2009: 2). Seitens der Unternehmen wurde dem demografischen Wandel noch in jüngster Zeit zentrale Bedeutung für ihr Handeln beigemessen. Laut Unternehmensbefragungen bewerten 66 Prozent der deutschen Firmen den demografischen Wandel als eine zentrale Herausforderung – knapp hinter „Globalisierung“ (67 Prozent) (Adecco Institute 2009; vgl. auch Commerzbank 2009). Und auch die Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände haben – zumindest in einigen Branchen – den demografischen Wandel in jüngster Zeit zum expliziten Gegenstand tarifvertraglicher Regulierungen gemacht (vgl. Kädtler et al. 2009).

Bekanntlich hat die Krise des finanzmarktorientierten Kapitalismus massive Rückgänge von Umsätzen und

Erträgen in den meisten Branchen der „Realökonomie“, insbesondere in den bundesdeutschen Exportindustrien, zur Folge (vgl. Heckmann et al. 2009). Der Arbeitsmarkt ist dagegen momentan noch nicht in vergleichbarer Weise betroffen – wesentliche Gründe dafür sind die massive Ausweitung von Kurzarbeit und die Nutzung anderer Instrumente und Maßnahmen interner oder externer Anpassung (vgl. ebd.); ein signifikanter Anstieg der Arbeitslosigkeit wird freilich für das Jahr 2010 erwartet (Sachverständigenrat 2009: 257). Dieser Aufschub gilt jedoch nicht für eine Gruppe auf dem hiesigen Arbeitsmarkt, die von der kurzen Phase des Booms zwischen 2006 und Anfang 2008 besonders profitiert hatte¹: die Gruppe der älteren (männlichen) Erwerbstätigen. So stieg die Arbeitslosigkeit der Älteren von Mai 2008 bis Mai 2009 um 17,3 Prozent, während sich die allgemeine Arbeitslosigkeit um vergleichsweise moderate 5,3 Prozent (DGB 2009: 2) erhöhte.² In den ersten fünf Monaten des Jahres 2009 haben ca. 378.000 Beschäftigte, die älter als 50 Jahre sind, ihren Arbeitsplatz verloren. Ihr Anteil an allen Arbeitslosen im Mai 2009 beträgt mehr als ein Viertel, zu einem großen Teil (40,3 Prozent) handelt es sich dabei um Langzeitarbeitslose (ebd.: 7f.).³

Was bedeutet die Krise insofern für die nach verbreiteter Einschätzung (vgl. zuletzt Kocka/Staudinger 2009) (über-)fällige Neuausrichtung betrieblicher Arbeits- und Personalpolitik hinsichtlich des Umgangs mit Älteren und alternden Belegschaften? Sind die oben genannten Daten ein Indiz dafür, dass sich die Unternehmen durch die Entlassung häufig Älterer wieder „erfolgreich“ verjüngt haben? Verliert die Beschäftigung mit dem demografischen Wandel für die Unternehmen (und ihre Verbände) in der Folge an Bedeutung? Diesen und

¹ Ältere über 50 Jahre machten zwei Drittel des Beschäftigungsaufbaus im Jahr 2006 aus (Bundesagentur für Arbeit 2007: 6), überdurchschnittlich häufig sind Ältere allerdings in prekären Beschäftigungsverhältnissen tätig (Jakob/Kolf 2007: 126).

² Dabei soll nicht unerwähnt bleiben, dass in dem genannten Zeitraum auch die Arbeitslosigkeit Jüngerer (15-24-Jährige) sehr deutlich, nämlich um 16,1 Prozent, zugenommen hat (DGB 2009).

³ Gleichzeitig gibt es Indizien dafür, dass sich die Arbeitsmarktlage Älterer – zumindest relativ – eher verbessert, denn seit den späten 1990er Jahren gleichen sich Arbeitslosenrelation und Beschäftigungsquote der 55- bis 59-Jährigen jenen von jüngeren Altersgruppen immer weiter an. Dies gilt nicht nur in Wachstumsphasen, sondern auch in konjunkturell schwächeren Jahren, bspw. im Jahr 2005 (Arlt/Dietz/Walwei 2009: 6).

anderen Fragen gehen wir in betrieblichen Fallstudien und in der gegenwärtig laufenden Breitenerhebung in den drei von uns untersuchten Branchen nach, eine präzise Antwort können wir zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht geben. Hinsichtlich der ersten Frage legen unsere betrieblichen Fallstudien indes die Vermutung nahe, dass eine Reihe von Unternehmen die ihnen zur Verfügung stehenden Instrumente und Mittel ausschöpfen, um im Rahmen eines oftmals ohnehin stattfindenden Stellenabbaus – im Nachgang zur vorrangigen Freisetzung befristeter Beschäftigter und Leiharbeiter – und des tarifvertraglich und/oder gesetzlich Möglichen eine Verjüngung der Belegschaften zu erreichen.

(1) Die vorausschauende und nachhaltige Bearbeitung der Folgen des demografischen Wandels ist ein strategisch anzulegendes Thema mit langfristiger Perspektive. Es verlangt von den Beteiligten vorausschauendes Handeln und einen langen Atem. Dem stehen in den Unternehmen derzeit allerdings eher kurzfristige betriebliche Personal- und Arbeitseinsatzstrategien gegenüber, wozu auch die sich seit den späten 1990er Jahren durchsetzende Doktrin einer (finanz-)marktgetriebenen Wertschöpfung und ein intensiver, internationalisierter Wettbewerb beigetragen haben. Diese Tendenz wird durch die gegenwärtige Wirtschaftskrise, in der kurzfristige Auslastungsprobleme zu einem Vorrang kurzfristigen Krisen-

der Perspektive betrieblicher Arbeitsorganisation wie unter der der Lebensplanung von Arbeitnehmern trat die Frage danach, wie Beschäftigte möglichst lange leistungsfähig und gesund im Erwerbsleben zu halten wären, eindeutig in den Hintergrund. Versuche des Gesetzgebers, über einschneidende Änderungen einschlägiger Regelungen einen solchen „Mentalitätswandel“ zu erzwingen, dürften solange ins Leere greifen, so lange sich an den Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen in den Betrieben nicht Grundsätzliches verändert. Auch hier verengt die ökonomische Krise gegenwärtig allerdings eher die wahrgenommenen Handlungsspielräume in den Betrieben.



Im Prinzip können ökonomische Krisen politische und soziale Handlungs- und Gestaltungsspielräume nicht nur verengen, sondern auch neue Spielräume dadurch eröffnen, dass etablierte Strukturen und Handlungsweisen in Frage gestellt werden. Dazu braucht es aber Akteure, die willens und in der Lage sind, auch unter dem Druck der Krise gegenüber kurzatmigen Anpassungsreaktionen die Perspektive längerfristiger Krisenbewältigung im Spiel zu halten. Sollte die Finanzmarktkrise zu einer Desavouierung der Vertreter finanzmarktorientierten Kennziffernmanagements geführt haben, könnte das ein Beitrag in dieser Richtung sein. Für Aussagen darüber, ob das so ist, ist es derzeit noch zu früh. Dass die Frage der demografischen Alterung über die Krise hinaus virulent bleibt, ist in den von uns untersuchten Betrieben jedenfalls sowohl bei Personalverantwortlichen und betrieblichen Interessenvertretungen als auch bei den Verbänden unbestritten. Offen ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt jedoch nicht nur, wann die Wirtschaftskrise beendet sein wird, sondern auch, ob und wann sich „danach“ wieder Gelegenheitsstrukturen und Möglichkeiten eröffnen, das Thema einer alternsgerechten Betriebs- und Tarifpolitik (auch) wieder zum Gegenstand von Interessenpolitik zu machen.

Ungeachtet der hohen Priorisierung des Problemfelds „Demografischer Wandel“ in Öffentlichkeit und Unternehmen, einer seit Jahren wachsenden Zahl von Studien, Initiativen und Netzwerken, trotz vielfältiger Gestaltungsempfehlungen und innovativer Ansätze passiert in der Breite vergleichsweise wenig Durchschlagendes hinsichtlich einer nachhaltigen Politik des Umgangs mit der demografischen Alterung – sowohl auf Ebene von Betrieben und Unternehmen als auch auf tarifpolitischer Ebene. Was sind die Gründe dafür, was sind die hemmenden oder blockierenden Faktoren?

managements beitragen, weiter verstärkt. In der Konsequenz drohen die Ansätze strategisch angelegter, demografieorientierter Betriebs- und Tarifpolitik, die sich in den zurückliegenden Jahren immerhin herausgebildet hatten, in der Praxis noch weiter an den Rand gedrängt zu werden. Vertreter langfristige angelegter Personalstrategien haben in Krisenzeiten schlechte Karten.

(2) Die proklamierte Neuorientierung beinhaltet einen vielfach als notwendig erachteten „Mentalitätswandel“ bei Belegschaften und Führungs- und Personalverantwortlichen, der mit einer in den vergangenen Jahrzehnten eingeübten Praxis des frühzeitigen Ausstiegs aus dem Erwerbsleben kollidiert – einer Praxis, die sowohl von Arbeitnehmer wie Arbeitgeberseite gewollt und durch vielfältige gesetzliche und tarifvertragliche Normen gestützt wurde. Unter

Literatur

Adecco Institute (2009): Die Demografische Fitness Umfrage 2008. Demografische Fitness deutscher Unternehmen in Zeiten der Krise. Adecco Institute Research Paper. London.

Unseres Erachtens sind die Ursachen für diese Schwierigkeiten in zwei Spannungs- und Konfliktfeldern zu suchen, die wir hypothesenartig wie folgt umreißen wollen:

Fortsetzung von S. 9

Arlt, A./Dietz, M./Walwei, U. (2009): Nicht alles ist Konjunktur. Besserung für Ältere am Arbeitsmarkt. In: IAB-Kurzbericht 16/2009.

Bosch, G./Schieff, S. (2005): Politik für ältere Beschäftigte oder Politik für alle? Zur Teilnahme älterer Personen am Erwerbsleben in Europa. <http://doku.iab.de/externe/2005/k050607f03.pdf>, reviewed 22.09.09.

Bundesagentur für Arbeit (2007): Erwerbstätigkeit, Beschäftigung und Arbeitslosigkeit. Situation von Älteren am Arbeitsmarkt. Oktober. Nürnberg.

Commerzbank AG (Hg.) (2009): Abschied vom Jugendwahn? Unternehmerische Strategien für den demografischen Wandel. Frankfurt a. M.

DGB Bundesvorstand (2009): Arbeitsmarkt aktuell. Krise trifft Junge und Ältere besonders stark. Berlin. http://www.dgb.de/themen/themen_a_z/abisz_doks/a/arbeitsmarkt_aktuell_05_09.pdf/view?showdesc=1, reviewed 16.09.09.

Heckmann, M. et al. (2009): Wie Betriebe in der Krise Beschäftigung stützten. IAB-Kurzbericht 18/2009. Nürnberg.

Jakob, J./Kolf, I. (2007): Mehr Beschäftigung für Ältere? Die „Initiative 50plus“ der Bundesregierung: Nur ein Tropfen auf den heißen Stein, in: Soziale Sicherheit 4/2007, S. 125-130.

Kädtler, J./Kuhnt, A.-K./Schroeder, W./Tullius, K. (2009): Zum Projekt „Potentiale al-

ternsgerechter und altersdifferenzierter Betriebs- und Tarifpolitik“; in: Mitteilungen aus dem SOFI, April 2009, S. 5-7. Göttingen.

Kistler, E./Ebert, A./Stecker, Ch. (2007): Steigende Beschäftigung Älterer: Sind wir wirklich auf dem richtigen Weg? Deutsche Rentenversicherung 10/2007, S. 651-664.

Kocka, J./Staudinger, U. (Hg.) (2009): Gewonnene Jahre. Empfehlungen der Akademienengruppe Altern in Deutschland. Stuttgart.

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2009): Jahresgutachten 2009/2010. Wiesbaden.

VERANSTALTUNG

**■ Auftakt zu einer notwendigen Debatte
Konferenz „Bringing Capitalism Back In“**

Von Jürgen Kädtler

Am 7. und 8. Oktober 2009 fand – wie in der letzten Ausgabe der Mitteilungen angekündigt – unter dem Titel „Bringing Capitalism Back In“ in Jena eine wissenschaftliche Konferenz statt, die gemeinsam von dem Jenaer Zentrum für interdisziplinäre Gesellschaftsforschung (JenZiG), dem SOFI und dem Institut für Soziologische Forschung in München (ISF) veranstaltet wurde. Ziel der Tagung war es, eine Debatte darüber zu initiieren, wie sich industrie- und arbeitssoziologische Forschung und Kapitalismustheorie auf systematische Weise (wieder) aufeinander beziehen könnten. Denn unter dem Eindruck der Finanzkrise fand die Bezugnahme auf die Gegenwartsgesellschaft als „Kapitalismus“ zwar mit durchaus kritischen Untertönen lagerübergreifend Eingang in den politischen und Mediendiskurs, aber gerade die Industrie- und Arbeitssoziologie mit ihren kapitalismuskritischen Ursprüngen verfügt schon seit längerem über keine systematisch ausgearbeiteten Analyseinstrumentarien und Deutungsangebote, die in jenen Debatten eine Rolle spielen. Über der Akkumulation breiter, solide fundierter empirischer Erkenntnisse und Detailexpertise sowie

theoretischer Konzeptualisierungen zu vielfältigen Aspekten kapitalistischer Arbeitsgesellschaften litt die Fähigkeit zu politisch-sozialer Zeitdiagnose.

Der rege Zuspruch auf die Konferenzeinladung sowie Vielzahl und Facettenreichtum von Beiträgen und Debatten, die darum geführt wurden, dokumentieren ein verbreitetes Interesse in der Industrie- und Arbeitssoziologie an Möglichkeiten zeitgemäßer kapitalismustheoretischer Bezüge

für die eigenen Forschungen. Deutlich wurde aber auch die Heterogenität, teilweise auch Gegensätzlichkeit der Ausgangspunkte und Positionen, von denen her ein solcher Zusammenhang gesucht wird. Hier kann es weder darum gehen, ein wie immer vorläufiges Fazit jener ‚ersten Runde‘ zu ziehen, noch eine Zusammenfassung der vielfältigen Argumentationen zu geben. Eine umfassende Video- und Audiodokumentation ist im Internet über einen Link auf der SOFI-Home-



page zugänglich. Bei aller Heterogenität der Ansätze, Problematiken und Perspektiven lassen sich aber doch einige Leitmotive der Diskussion identifizieren, die – so wäre zu hoffen – den Fokus für die weitere Debatte bilden können.

Kritische Rückbesinnung statt Nostalgie

Das betrifft zunächst einmal das „Back“ in „Bringing Capitalism Back In“. Die Rückbesinnung auf einen solchen Anspruch – in diesem Punkt waren sich die weit über hundert TeilnehmerInnen weitgehend einig – steht nicht für eine Revitalisierung jener Theorieangebote, mit denen der Anspruch in der Hochzeit der Disziplin faktisch angegangen wurde. Dass diese vielfach entweder auf sterile Ableitungsmechaniken hinausliefen, oder aber auf eher allgemeine oder auch kurzschlüssige Verweisungszusammenhänge, bei denen etwa ‚der‘ Fordismus unter der Hand zum Kapitalismus an sich geriet, war verbreiteter Konsens. Die Vision einer kategorial durchkonstruierten Kapitalismustheorie aus einem Guss, in der sich die Vielfalt der empirischen Phänomene über Subsumtions- oder Ableitungsketten bündig unterbringen und eindeutig erklären ließen, wurde von niemandem ernsthaft ins Spiel gebracht. Ein systematisches Durchmustern theoretisch-konzeptioneller Ansätze der Vergangenheit könnte heute vor allem mit Blick auf die Gründe für ihr Scheitern von Nutzen sein.

Dimensionierungen von „Kapitalismustheorien“

Ein zweiter Brennpunkt, um den viele der Debatten kreisten, betraf das Verhältnis zwischen allgemeinen Deutungsangeboten, die auf die Identifikation einer (neuen) historischen Kapitalismusformation abstellen – insbesondere von Klaus Dörre mit dem Theorem eines „finanzgetriebenen Landnahmekapitalismus“ ins Spiel gebracht – und solchen Ansätzen (nicht nur aus dem SOFI), die in durchaus kritischer Aufnahme von Dimensionen der *Varieties-of-Capitalism*-Ansätze auf unterschiedliche Kapitalismusvarianten und auf eine Pluralität relevanter Konstellationen unterhalb der Formationsebene setzten – ohne

beim bloßen Konstatieren von Unterschiedlichkeit verharren zu wollen. Das wechselseitige Beeinflussungsverhältnis von makrosozialen Strukturzusammenhängen und dem Eigensinn, der sich in unterschiedlichen (Aus)Handlungskonstellationen konstituiert – unter Berücksichtigung jeweils spezifischer stofflicher Voraussetzungen und Marktbedingungen und unter Rückgriff auf konkurrierende Deutungsmuster –, gilt es hier auszubuchstabieren. Anstatt vorschnelle Synthesen anzuvisieren, wird es für die weitere Debatte nützlicher sein, diese unterschiedlichen Zugriffe in ihrer jeweiligen Systematik, wenn auch im Dialog miteinander, weiter auszuarbeiten.

Gegenwartsindividuen als Bezugspunkt und Subjekt

Ein dritter Punkt betrifft das Verhältnis zwischen kapitalistischen Erwerbsarbeitsgesellschaften und ihren individuellen Mitgliedern – sowohl unter der Perspektive sozialstruktureller Ungleichheitslagen als auch unter neueren Perspektiven auf Subjektivität. In dem Maße, in dem sich gesellschaftliche Ungleichheit nicht mehr schlüssig auf in den Produktionsverhältnissen begründete Klassenkategorien zurückführen lässt und ihre Konkretisierung nicht mehr als das Resultat betrieblicher Herrschafts- und Aushandlungsverhältnisse erfassbar ist, wird es notwendig, gesellschaftliche Ungleichheitslagen, die Zurichtung der gesellschaftlichen Arbeitskraft und betriebliche Strukturen von Erwerbsarbeit anders aufeinander zu beziehen als in der arbeits- und industriesoziologischen Tradition. Soziale Teilhabemodi über die nicht nur additive Verknüpfung der Analyse sozialer Produktionssysteme mit Arbeitsmarkt- und Sozialstrukturanalyse zu erschließen ist hier eine – zunächst programmatische – Perspektive. Ein zweiter Aspekt bezieht sich auf die Thematisierung von Subjektivität in unterschiedlichen Konzeptionen zum Gegenwartskapitalismus: Zwischen Annahmen einer neuen Qualität der Unterwerfung des Subjekts unter kapitalistische Rationalität, dem Beharren auf einem Subjektkern hinter dessen gesellschaftlichen Formbestimmungen und der Identifikation subjektiver Widerstandspotentiale lauert eine Vielzahl span-

nender Fragen, die bislang allzu häufig in Verlegenheitskonzepten wie „Ambivalenz“ oder „sowohl als auch“ still gestellt werden. Um Bestandsbedingungen wie Veränderungsperspektiven von Gegenwartskapitalismen auszuloten, wird man um die empirischen Gegenwertssubjekte als Bezugspunkt und Antrieb nicht herumkommen.

Dass es in Jena nicht nur um wissenschaftlich-konzeptionelle, sondern auch um eminent politisch-praktische Fragen geht, machten sowohl Richard Hymans Vortrag über gewerkschaftliche Entwicklungsperspektiven als auch die abschließende Debatte über Perspektiven „nach der Krise“ mit einleitenden Beiträgen von Christoph Scherrer und Hans-Jürgen Urban vom IG-Metall-Hauptvorstand deutlich. Hervorzuheben sind in diesem Zusammenhang Urbans Verweis auf eine nicht vereinheitlichte „Mosaiklinke“ sowie seine Anregung, sich die historischen Debatten um Wirtschaftsdemokratie neu anzusehen. Hier wie dort könne eine Rückbesinnung nicht in der Neubelebung von Konzepten von ehemals bestehen. Von der Art jener Theoretiker, über ihr Dilemma als notgedrungene Ärzte am Krankenbett des Kapitalismus zu denken, wäre möglicherweise auch heute das Eine oder Andere zu lernen.

Beiträge von SOFI-MitarbeiterInnen:

Volker Wittke: „Welche Kapitalismustheorie braucht die Arbeits- und Industriesoziologie?“

Michael Faust: „Arbeit und Varieties of Capitalism“

Jürgen Kädler: „Finanzmarktkapitalismus, Finanzmarktorientierung und Finanzmarktrationalität“

Nicole Mayer-Ahuja: „Ungleichmäßige Entwicklung und fragmentierter sozialer Raum in der Softwarebranche“

Peter Bartelheimer: „Kapitalismus, Arbeit, Sozialstruktur – neue Spaltungslinien?“

Martin Kuhlmann: „Subjekt und Subjektivität in der Arbeitsforschung“

Veröffentlichungen von SOFI-MitarbeiterInnen von September bis Dezember 2009

Bücher

Baethge, Martin/Arends, Lena (2009): Feasibility Study VET-LSA. A comparative analysis of occupational profiles and VET programmes in 8 European countries. Vocational Training Research volume 8. In cooperation with: Schelten, Andreas/Müller, Markus/Nickolaus, Reinhold/Geißel, Bern/Breuer, Klaus/Hillen, Stefanie/Winther, Esther/Bals, Thomas/Wittmann, Evelyn/Barke, Antonia. Published by The Federal Ministry of Education and Research (BMBF). Bonn, Berlin.

Kohlrausch, Bettina (2009): A Ticket to Work? Policies for the Young Unemployed in Britain and Germany. Frankfurt/New York (Campus).

Forschungsberichte

Faust, Michael/Fisecker, Christiane/Bahn-müller, Reinhard (2009): „Shareholder Value und Personalwesen – Der Einfluss der Finanzmärkte auf den Status, das Selbstverständnis und die Handlungsorientierungen des Personalmanagements und die Interaktionsbeziehungen mit dem Betriebsrat“, Abschlussbericht, Tübingen/Göttingen, Dezember 2009.

Konrad, Wilfried/Paul, Gerd (2009): Die Chancen kleiner und mittlerer Dienstleister im Umweltsektor in China. Abschlussbericht, Göttingen, September 2009.

Aufsätze

Baethge, Martin/Brunke, Jörg/Wieck, Markus (2009): Die Quadratur des Kreises – oder die Mühsal der Suche nach Indikatoren für informelles Lernen am Beispiel beruflichen Lernens im Erwachsenenalter. In: BMBF (Hrsg.): Indikatorenentwicklung für die Bildungsberichterstattung in Deutschland – Grundlagen, Ergebnisse, Perspektiven. Berlin, S. 147-179.

Bahn-müller, Reinhard/Kuhlmann, Martin/Schmidt, Werner/Sperling, Hans Joachim (2009): Erosion, Erneuerung, Umnutzung:

Arbeitgeberverbände und ihr Umgang mit dem Flächentarifvertrag am Beispiel der Reform der Entgeltrahmenabkommen und deren Umsetzung in der Metall- und Elektroindustrie. (Beitrag zur GIRA-Jahrestagung 2009 in Erlangen: <http://www.uni-hamburg.de/fachbereiche-einrichtungen/fb03/oew/gira/jahrestagungen.html> bzw. <http://www.uni-hamburg.de/onTEAM/grafik/1110360937/bkss.pdf>).

Bartelheimer, Peter/Ebert, Andreas/Hackett, Anne (2009): Erwerbs- und Zeitmuster in der sozioökonomischen Berichterstattung. In: Habla, Heike/Houben, Henriette (Hrsg.): Forschung mit Daten der amtlichen Statistik in Niedersachsen (FoDaSt), Statistik und Wissenschaft, Band 12, Wiesbaden (Statistisches Bundesamt), S. 60-85.

Hanekop, Heidemarie/Wittke, Volker (2009): Kollaboration der Prosumenten. Die vernachlässigte Dimension des Prosuming-Konzepts. In: Blättel-Mink, Birgit/Hellmann, Kai-Uwe (Hrsg.): Prosumer Revisited. Zur Aktualität einer Debatte. Wiesbaden (VS-Verlag), S. 96-113.

Kädtler, Jürgen (2009): Innovation, Innovationsarbeit und Mitbestimmung. In: Kistler, Ernst/Mußmann, Frank (Hrsg.): Arbeitsgestaltung als Zukunftsaufgabe. Hamburg (VSA), S. 248-267.

Kalkowski, Peter/Paul, Gerd (2009): Professionalisierung in der Wellnessbranche. In: Frenzel, Claudia/Spöttl, Georg/Howe, Falk/Becker, Matthias (Hrsg.): Berufsarbeit von morgen in gewerblich-technischen Domänen. Forschungsansätze und Ausbildungskonzepte für die berufliche Bildung (W. Bertelsmann Verlag), S. 354-359, Bielefeld.

Kalmbach, Peter/Schumann, Michael (2009): Nach dem Crash – Soziale Folgen der Finanzmarktkrise (Editorial) In: WSI Mitteilungen, Jg. 62, Nr. 12, S. 634.

Kuhlmann, Martin (2009): Perspektiven der Arbeitspolitik nach der Krise: Ent-

wicklungslinien und Handlungsbedingungen, in: WSI Mitteilungen, Jg. 62, Nr. 12, S. 675-682.

Faust, Michael/Kädtler, Jürgen (2009): Nach dem Shareholder-Value. In: Mitbestimmung 6/2009, S. 22-25.

Working Paper

Kädtler, Jürgen (2009): Finanzialisierung und Finanzmarktrationalität. Zur Bedeutung konventioneller Handlungsorientierungen im gegenwärtigen Kapitalismus. SOFI Working Paper, Nr. 5.

Informationen zu allen Veröffentlichungen des SOFI seit 1990 sind im Internet zu finden unter: „www.sofi.uni-goettingen.de“ – Rubrik Publikationen.

Personalia

PD Dr. Jürgen Kädtler ist von der Hans-Böckler-Stiftung zum Vertrauensdozenten berufen worden.

SOFI-Forschungskolloquium Wintersemester 09/10, 2. Hälfte

Freitags von 14.15 Uhr bis 16.30 Uhr, im Soziologischen Forschungsinstitut (SOFI), Friedländer Weg 31

Texte für die Kolloquien liegen etwa eine Woche vor den jeweiligen Sitzungen im Geschäftszimmer des Instituts für Soziologie und im SOFI als Kopiervorlage aus oder können per E-Mail bei ingelore.stahn@sofi.uni-goettingen.de bezogen werden.

11. Dez. 2009:

Martin Kuhlmann, Hans-Joachim Sperling (SOFI): Erosion, Erneuerung, Umnutzung – der Flächentarifvertrag am Beispiel der ERA-Umsetzung

15. Jan. 2010:

Kerstin Jürgens (Universität Kassel): Reproduktion als Praxis. Zum Vermittlungszusammenhang von Arbeits- und Lebenskraft

29. Jan. 2010:

Michael Faust (SOFI): The Shareholder Value Concept of the Corporation and Co-Determination in Germany: Unresolved contradictions or reconciliation of institutional logics.

Impressum

Die Mitteilungen aus dem SOFI erscheinen dreimal im Jahr.

Herausgeber: Soziologisches Forschungsinstitut Göttingen (SOFI) an der Georg-August-Universität, Friedländer Weg 31, 37085 Göttingen, Tel.: (0551) 52205-0, E-Mail: sofi@sofi.uni-goettingen.de, Internet: <http://www.sofi.uni-goettingen.de>

Redaktion und Layout: Dr. Martina Parge, PARGE PR

Die Mitteilungen aus dem SOFI sind auf der Website des SOFI (www.sofi.uni-goettingen.de) als PDF-Download erhältlich und können online abonniert werden.